

ESV



Fachberater-Handbücher

Herausgegeben vom
Deutschen Steuerberaterinstitut e.V. (DStI)

Fachberater für Unternehmensnachfolge (DStV e.V.)

Von

Prof. Dr. Wolfgang Baumann

Notar in Wuppertal
Honorarprofessor
Schumpeter School of Business and Economics /
Bergische Universität Wuppertal

Prof. Dr. Roman Seer

Universitätsprofessor
Direktor des Instituts für Steuerrecht und Steuervollzug
Ruhr-Universität Bochum
und Steuerberater in Wuppertal

und

Dr. Marcel Krumm

Akademischer Rat a. Z.
Ruhr-Universität Bochum
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht
und Steuerberater in Wuppertal

mit Beiträgen von

Prof. Dr. Axel Pestke

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht,
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Steuerberaterverbandes e. V., Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 13079 5](http://ESV.info/978%203%20503%2013079%205)

ISBN 978 3 503 13079 5
ISSN 1868-4041

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2011
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Gesetzt aus der Candida 9/11 Punkt

Satz: multitext, Berlin
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Hubert & Co., Göttingen

Geleitwort

Das Berufsbild des Steuerberaters ist in den vergangenen Jahren zunehmend vielschichtiger und komplexer geworden als nur die klassische Beratung in steuerlichen Angelegenheiten. Die Mandanten fragen heute viel mehr nach. Dabei treten Steuerberater auch in den Wettbewerb mit anderen Berufsgruppen. Die Spezialisierung als Fachberater ist hier eine intelligente Strategie, um sich mit klarem Profil am Markt zu positionieren.

Die berufsständischen Organisationen Bundessteuerberaterkammer (BStBK) und Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV) haben deshalb Konzepte entwickelt, die es Kollegen erleichtern, zu einer anerkannten Spezialisierung zu gelangen. Dabei sind die zwei Organisationen arbeitsteilig vorgegangen: Die BStBK hat sich des Bereichs der Vorbehaltsaufgaben und der DStV des Bereichs der so genannten vereinbaren Tätigkeiten angenommen.

Aufbauend auf einem oft langjährigen Mandatsverhältnis erwerben sich Steuerberater meist einen besonderen Vertrauensbonus. Kaum jemand weiß so detailliert um die wirtschaftliche und persönliche Situation des Unternehmers und seines Unternehmens – und bietet sich so nachdrücklich für die qualifizierte Nachfolgeberatung an. Zu den attraktivsten Spezialisierungen im Bereich vereinbarter Tätigkeiten von Steuerberatern zählt daher nicht ohne Grund der „Fachberater für Unternehmensnachfolge (DStV e.V.)“.

Die Ergebnisse einer aktuellen DStV-Umfrage unter den bislang über 1.000 anerkannten Fachberatern (DStV e.V.) ergaben für das Fachberaterkonzept des DStV hervorragende Noten. Für mehr als die Hälfte der Befragten, die ihre Anerkennung in den vergangenen drei Jahren erhielten, haben sich die Erwartungen an den Fachberater (DStV e.V.) u. a. hinsichtlich der Mandantenzahlen und Kanzleiumsätze bereits heute erfüllt. 74 % der Befragten würden ihren Kolleginnen und Kollegen den Erwerb der Zusatzqualifikation zum Fachberater (DStV e.V.) empfehlen.

Der DStV sieht sich damit in seiner bisherigen Arbeit bestätigt und wird auch weiter bestrebt sein, das Fachberaterkonzept weiterzuentwickeln und an die Bedürfnisse und Erwartungen der Berufsangehörigen anzupassen.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die vom Fachinstitut des DStV, dem Deutschen Steuerberaterinstitut e. V. (DStI), herausgegebene Schriftenreihe „Fachberater-Handbücher“. Die von renommierten Autoren verfassten

Bände dieser Schriftenreihe bieten dem Fachberater maßgeschneiderte Unterstützung bei allen Praxisfragen im Rahmen seiner jeweiligen Spezialisierung. Fachanwälten stehen traditionell spezialisierte Fachanwalts-Handbücher zur Verfügung. Auch Fachberater können nun auf adäquate Literatur speziell für ihre Belange zugreifen. Damit wird eine bestehende Lücke in der Fachliteratur geschlossen. Ich bin überzeugt, dass diese Schriftenreihe einen wichtigen Beitrag für die erfolgreiche Tätigkeit als Fachberater und somit für die Entwicklung der Fachberaterkonzepte insgesamt leisten wird.

Berlin, im September 2011 StB/WP Dipl.-Kfm. Hans-Christoph Seewald
Präsident des Deutschen Steuerberaterverbandes

Vorwort

Jedes Jahr werden in Deutschland ca. 70.000 Unternehmensnachfolgen abgewickelt. Eine unbekannte, aber nicht zu unterschätzende Zahl von Unternehmern schieben wirtschaftlich und demographisch überfällige Entscheidungen vor sich her, weil sie über die Gestaltung der Unternehmensnachfolge unsicher sind. Jeder Unternehmer benötigt eine qualifizierte umfassende Beratung bei der Planung einer zu Lebzeiten vorgenommenen Unternehmensübertragung ebenso wie für die Vorsorge für die zur Unzeit im Todesfall eintretenden Unternehmensnachfolge. Dabei stellen sich häufig auch familiär-psychologische Barrieren, die nicht zu unterschätzen sind. Natürliche („geborene“) Ansprechpartner sind regelmäßig Steuerberater, die das zu übergebende Unternehmen seit Jahren betreuen und die wirtschaftlichen bzw. persönlichen Verhältnisse des Unternehmers sowie seiner Familie kennen. Jeder Unternehmens-Steuerberater benötigt daher auch fundierte Kenntnisse nicht nur über die ökonomischen Bedingungen, sondern auch über die zivil- und steuerrechtlichen Fallstricke einer Unternehmensnachfolge. Dieses Beratungssegment ist komplex und anspruchsvoll, zugleich aber auch spannend und lukrativ. Es vermittelt dem Berater Erfolgserlebnisse, die sich im laufenden Geschäft in derselben Intensität nur selten einstellen.

Das vorliegende Fachberater-Handbuch soll dem Berater hierzu das nötige zivil- und steuerrechtliche Rüstzeug vermitteln. Dazu stellt es die wirtschaftlich relevanten Fragen, arbeitet die zivil- und steuerrechtlichen Problemfelder heraus und bietet anhand von Fallbeispielen und Praxishinweisen konkrete Lösungen an. Als umfassendes Grundlagenwerk soll es zum einen der Unterstützung des Fachberaters für Unternehmensnachfolge und der Fortbildung des Steuerberaters zwecks Erwerbs dieser Zusatzqualifikation dienen. Zum anderen richtet es sich aber generell an alle Angehörigen der steuer- und rechtsberatenden Berufe, die sich mit Problemen der Unternehmensnachfolge beschäftigen. Regelmäßig ist das Unternehmensnachfolgemandat derart komplex, dass eine verantwortungsvolle Betreuung eine enge Zusammenarbeit zwischen Steuerberater und Volljuristen der Kautelarpraxis erfordert. Diese interprofessionelle Kooperation empfehlen wir nachdrücklich.

Unterstützt worden sind wir durch Frau Dr. Teuchert-Pankatz vom Erich Schmidt Verlag, bei der wir uns für die sehr angenehme, reibungslose Zusammenarbeit bedanken. Das Buch hätte ohne ihren engagierten Arbeitseinsatz nicht so zeitnah erscheinen können. Ebenso bedanken wir uns bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern und studentischen Hilfskräften des Lehrstuhls für Steuerrecht der Ruhr-Universität Bochum, die sorgfältig Korrektur gelesen und Zitate auf Fehler überprüft haben. Weiterführende oder kritische Hinweise/Anregungen bitten wir an

lehrstuhl@kompetenzzentrum-steuerrecht.de

oder

baumann-fabis@t-online.de

zu richten.

Bochum und Wuppertal, im September 2011

Die Autoren

Inhaltsübersicht

Geleitwort	V
Vorwort.....	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Einleitung	
Das Fachberaterkonzept des DStV	1
Teil 1	
Die Gestaltung und Begleitung der Unternehmensnachfolge	9
Kapitel 1 Die Unternehmensnachfolge als intra- und interdisziplinäre Herausforderung	11
Kapitel 2 Das Unternehmensnachfolgemandat.....	41
Teil 2	
Unternehmensnachfolge im Handels- und Gesellschaftsrecht und von Todes wegen	51
Kapitel 1 Der handels- und gesellschaftsrechtliche Gestaltungs- rahmen zur Unternehmensnachfolge	53
Kapitel 2 Der erbrechtliche Gestaltungsrahmen zur Unternehmensnachfolge.....	155
Kapitel 3 Vorbereitungsmaßnahmen zur Unternehmensnachfolge außerhalb letztwilliger Verfügungen.....	335
Kapitel 4 Rechtsfragen nach dem Erbfall im Rahmen einer Unternehmensnachfolge.....	377
Kapitel 5 Steuerrechtliche Aspekte des Vermögenserwerbs von Todes wegen im Allgemeinen.....	433
Kapitel 6 Rechtsformspezifische Steueraspekte anlässlich der Unter- nehmensnachfolgen von Todes wegen	513
	IX

	Teil 3	
	Die Unternehmensnachfolge zu Lebzeiten	615
Kapitel 1	Der zivilrechtliche Gestaltungsrahmen der vorweggenommenen Erbfolge zur Nachfolge in ein Unternehmen	617
Kapitel 2	Allgemeine steuerrechtliche Fragestellungen anlässlich lebzeitiger Vermögensübertragungen	653
Kapitel 3	Rechtsformspezifische Steueraspekte im Zusammenhang mit der vorweggenommenen Unternehmensnachfolge. . .	699
	Teil 4	
	Der Nießbrauch als Gestaltungsmittel der Unternehmensnachfolge	777
Kapitel 1	Zivilrechtliche Grundlagen des Nießbrauchs	779
Kapitel 2	Steuerrechtliche Aspekte des Nießbrauchs	799
	Teil 5	
	Unternehmensnachfolge mit Stiftungen	837
Kapitel 1	Die Stiftung bürgerlichen Rechts	839
Kapitel 2	Stiftungsverwaltungsrecht	847
Kapitel 3	Die Besteuerung des Stifters, der Stiftung und der Destinatäre	851
	Teil 6	
	Internationale Aspekte der Unternehmensnachfolge	863
Kapitel 1	Unternehmensnachfolge und Internationales Steuerrecht	865
Kapitel 2	Steuerrechtliche Aspekte des Wegzugs des Unternehmers	919
	Teil 7	
	Der Fachberater für Unternehmensnachfolge (DStV e.V.) – Umfeld, Ausgestaltung, Werbemöglichkeiten und Betätigung	941
	Anhang Fachberaterichtlinien mit Anlage 5	955
	Literaturverzeichnis	965
	Stichwortverzeichnis	975

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	V
Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXI

Einleitung

Das Fachberaterkonzept des DStV	1
<i>I. Motive und Hintergrund</i>	1
<i>II. Anforderungen an die DStV-Fachberater (allgemein)</i>	2
1. Theoretische Kenntnisse	2
a) Lehrgang	2
b) Klausuren	3
2. Praktische Erfahrungen	3
3. Verfahren zur Verleihung von Fachberaterbezeichnungen (DStV e.V.)	4
a) Zuständigkeiten	4
b) Anträge	4
c) Durchführung von Fachgesprächen	5
d) Kontinuierliche Fortbildung und Erlöschen der Befugnis zum Führen der Bezeichnung	5
<i>III. Anerkennung der DStV-Fachberater durch die Rechtsprechung</i>	6
<i>IV. Zahlenmäßige Entwicklung und Ausblick</i>	7

Teil 1

Die Gestaltung und Begleitung der Unternehmensnachfolge

9

Kapitel 1 Die Unternehmensnachfolge als intra- und interdisziplinäre Herausforderung	11
<i>I. Grundlagen der Unternehmensnachfolge</i>	11
1. Ziele einer Unternehmensnachfolge	11
2. Der Unternehmer	13
3. Der Nachfolger	14

4. Führungskräfte und Mitarbeiter	17
5. Fremdübernahme	18
II. <i>Typische Nachfolgeprobleme</i>	20
1. Notwendige Notfallvorsorge	20
2. Trennung von Management und Inhaberschaft	20
3. Verteilungsgerechtigkeit	21
4. Liquiditätsbelastungen durch weichende Erben	21
5. Streitvermeidung	23
6. Steuerrechtliche Fragen	24
7. Rechtsformabhängige Gestaltung	24
8. Psychologische Aspekte und Einflüsse von außen	25
9. Zwei Grundgestaltungstypen der Unternehmensnachfolge	26
a) Notwendigkeit der Differenzierung der zwei Grundtypen	26
b) Die Unternehmensnachfolge im Notfall	26
c) Die geplante Unternehmensnachfolge	30
III. <i>Zwischenfazit: 25 Grundgedanken zur Unternehmensnachfolge</i>	34
IV. <i>Beratungs-Checkliste zur Unternehmensnachfolge von inhabergeführten Unternehmen</i>	37
Kapitel 2 Das Unternehmensnachfolgemandat	41
I. <i>Der Steuerberater als unverzichtbarer Eckpfeiler der Unternehmensnachfolgeberatung</i>	41
II. <i>Berufsrechtliche Fragestellungen</i>	44
1. Die Unternehmensnachfolgeberatung als regulierte Rechtsdienstleistung	44
2. Zusammenwirken von Steuerberatern und Rechtsanwälten ..	47
III. <i>Der Beratungsvertrag und die Honorarfrage</i>	49
Teil 2	
Unternehmensnachfolge im Handels- und Gesellschaftsrecht und von Todes wegen	51
Kapitel 1 Der handels- und gesellschaftsrechtliche Gestaltungsrahmen zur Unternehmensnachfolge	53
I. <i>Die Nachfolge in ein Einzelunternehmen</i>	53
1. Gesetzliche Vorgaben	53
a) Unternehmen kein Rechtsobjekt	53
b) Der Einzelerbe	53
c) Mehrheit von Erben	57
d) Vermächtnisnehmer	59
2. Gestaltungsmöglichkeiten durch den Erblasser	59
a) Erbrechtliche Steuerung	59
b) Umwandlung des Einzelunternehmens zu Lebzeiten ..	60
c) Unternehmensumwandlung als Auflage	62
3. Gestaltungsmöglichkeiten des Erben bzw. der Erben	62
a) Haftungsbeschränkende Organisationsakte durch den Einzelerben	62

	b) Haftungsbeschränkende Organisationsakte im Falle der Mehrheit von Erben	62
II.	<i>Die Nachfolge unter Beteiligung von Personengesellschaften</i> ..	64
	1. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	64
	a) Allgemeine Grundlagen	64
	b) Formvorschriften	67
	c) Die (Außen-) Gesellschaft bürgerlichen Rechts	68
	2. Die Offene Handelsgesellschaft	78
	a) Begriff und Gegenstand	78
	b) Gesellschafterwechsel und Haftung	78
	c) Ausschluss von Gesellschaftern	79
	d) Rechtsfolgen beim Tod eines Gesellschafters	80
	e) Abfindungsregelungen (zu Lasten ausscheidender Gesellschafter)	93
	3. Die Partnerschaftsgesellschaft	99
	a) Rechtliche Grundlagen	99
	b) Tod eines Partners	99
	4. Die Kommanditgesellschaft	100
	a) Allgemeine Grundlagen	100
	b) Anwendungsbereich	100
	c) Tod eines Gesellschafters	101
	5. Die GmbH & Co. KG	105
	a) Allgemeines	105
	b) Anwendungsbereich	106
	c) Rechtsfolgen des Todes des Kommanditisten	106
	6. Die Stiftung & Co. KG	109
	7. Die Stille Gesellschaft	109
	a) Rechtliche Grundlagen	109
	b) Typische und atypische Stille Gesellschaft	110
	c) Vertragsschluss	111
	d) Tod eines Gesellschafters	112
	e) Auseinandersetzung und Abfindung des Stillen im Falle der Auflösung	113
	8. Die GmbH & Still	113
	9. Die Unterbeteiligung	113
	a) Rechtliche Grundlagen	113
	b) Typische und atypische Unterbeteiligung	114
	c) Anwendungsbereich bei der Unternehmensnachfolge ..	115
	10. Das Treuhandverhältnis	116
	a) Allgemeines	116
	b) Treuhandvertrag	117
	c) Beendigung durch Tod	117
	11. Die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	118
III.	<i>Die Nachfolge unter Beteiligung von Kapitalgesellschaften</i>	118
	1. Grundlagen	118
	a) Grundstrukturen der Kapitalgesellschaften	118

b)	Vorteile der Kapitalgesellschaften bei der Unternehmensnachfolge	119
c)	Nachteile der Kapitalgesellschaften bei der Unternehmensnachfolge	120
d)	Formpflichten	122
2.	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	123
a)	Rechtliche Grundlagen	123
b)	Anwendungsbereich	124
c)	„Wirtschaftliche Neugründung“ bei Mantel- und Vorratsgesellschaften	124
d)	Rechtsfolgen beim Tod eines Gesellschafters	125
e)	Die Besetzung und Aufgaben der Gesellschaftsorgane im Zusammenhang mit Unternehmensnachfolgen	133
f)	Haftungsfragen	136
3.	Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	139
4.	Aktiengesellschaft	140
a)	Rechtliche Grundlagen	140
b)	Anwendungsbereich	141
c)	Aktien	141
d)	Gesellschaftsorgane	142
e)	Haftungsfragen	144
f)	Vererblichkeit der Aktien	144
5.	Kommanditgesellschaft auf Aktien	147
IV.	<i>Betriebsaufspaltung</i>	148
1.	Grundlagen	148
2.	Vorteile der Betriebsaufspaltung	149
a)	Haftungsbeschränkung	149
b)	Fremdorganschaft	151
3.	Die bestehende Betriebsaufspaltung in der Unternehmensnachfolge	152
Kapitel 2 Der erbrechtliche Gestaltungsrahmen zur Unternehmensnachfolge		155
I.	<i>Der Erwerb von Todes wegen</i>	155
1.	Das Erbrecht als Gestaltungs determinante	155
2.	Erbrechtliche Grundlagen	155
a)	Der Erbfall	155
b)	Ansprüche des Erben, Auskunftsanspruch	159
c)	Privat-, Verwandten- und Ehegattenerbfolge	159
d)	Testierfreiheit	160
3.	Auslandsberührung	161
4.	Gesetzliche Erbfolge	161
a)	Geltung	161
b)	Gesetzliche Verwandtenerbfolge	162
c)	Ehegattenerbrecht	169
d)	Gesetzliches Erbrecht des eingetragenen Lebenspartners	173
e)	Nicht eheliche (nicht eingetragene) Lebenspartner	174

<i>II. Pflichtteilsrecht</i>	174
1. Gesetzliche Grundlagen	174
2. Liquiditätsbelastung der Unternehmensnachfolge	175
3. Pflichtteilsberechtigzte	176
a) Abkömmlinge und Eltern	176
b) Ehegatte	176
c) Geschiedene Ehegatten mit Unterhaltsansprüchen	177
d) Eingetragener Lebenspartner	177
4. Kein Ausschluss des Pflichtteilsanspruchs	178
5. Entstehung des Pflichtteilsanspruchs	178
6. Anspruchsberechtigung	178
a) Ausschluss von der Erbfolge	178
b) Beschränkungen und Beschwerden des pflichtteilsberechtigten Erben	179
c) Mit einem Vermächtnis bedachter Pflichtteilsberechtigter	180
7. Pflichtteilsquote	181
a) Gesetzliche Quote	181
b) Besonderheiten bei der Zugewinnngemeinschaft	182
8. Pflichtteilsvervollständigung	183
a) Zusatzpflichtteil (Pflichtteilsrestanspruch)	183
b) Pflichtteilsergänzung	184
9. Berechnung der Höhe des Pflichtteilsbetrages	188
a) Stichtag	188
b) Nachlassbestand	189
c) Voraus des Ehegatten	190
10. Bewertung der Nachlassgegenstände	191
a) Grundlagen	191
b) Einzelne Bewertungsobjekte	191
11. Auskunftsansprüche	196
a) Auskunftsanspruch des pflichtteilsberechtigten Nichterben	196
b) Auskunftsanspruch des pflichtteilsberechtigten Miterben	196
12. Träger der Pflichtteilslast	197
13. Fälligkeit	198
14. Stundung	198
15. Verjährung	199
16. Gestaltungsmöglichkeiten der Pflichtteilsreduzierung zum Schutz des unternehmerischen Vermögens	200
<i>III. Gestaltungsmöglichkeiten der gewillkürten Erbfolge</i>	209
1. Änderungen der gesetzlichen Erbfolge	209
2. Testierfähigkeit	209
3. Persönliche Errichtung letztwilliger Verfügungen	210
4. Schranken der Testierfreiheit	210
a) Typenzwang	210
b) Allgemeine gesetzliche Schranken	211
c) Erbrechtliche Schranken	211

d) Schuldrechtliche Schranken	211
e) Wirtschaftliche Schranken	211
5. Arten letztwilliger Verfügungen	212
a) Testament	212
b) Gemeinschaftliches Ehegattentestament	212
c) Erbvertrag	214
6. Die Formen letztwilliger Verfügungen	215
a) Formzwecke	215
b) Ordentliches Testament	215
c) Gemeinschaftliches Ehegattentestament	218
d) Der Erbvertrag	219
e) Außerordentliches Testament	220
f) Sonderregeln für die neuen Bundesländer	221
g) Die Wahl der richtigen Form	221
7. Widerruf, Aufhebung und Rücktritt von letztwilligen Verfügungen	225
a) Einseitiges Testament	225
b) Widerruf eines gemeinschaftlichen Testaments	227
c) Aufhebung und Rücktritt beim Erbvertrag	228
8. Rechtswirkungen letztwilliger Verfügungen	232
a) Allgemeines	232
b) Einseitiges Testament	232
c) Erbvertrag und gemeinschaftliches Testament	232
9. Auslegung letztwilliger Verfügungen	235
a) Auslegungsbedürftigkeit	235
b) Allgemeine Auslegungsregeln	236
c) Auslegungsregeln für einzelne Fälle	238
d) Auslegung bei Unwirksamkeit einzelner von mehreren Verfügungen	239
10. Umdeutung	239
11. Unwirksamkeit letztwilliger Verfügungen	240
a) Nachträgliche Unwirksamkeit	240
b) Nichtigkeit	242
12. Gestaltungen der Erbeinsetzung	250
a) Erbeinsetzung	250
b) Ersatzerbenbestimmung	256
c) Vor- und Nacherbeinsetzung	257
13. Enterbung	276
14. Vermächtnis	276
a) Rechtliche Bedeutung	276
b) Verhältnis zum Pflichtteilsberechtigten	277
c) Die Beteiligten eines Vermächtnisses	277
d) Gegenstand eines Vermächtnisses	281
e) Sonderfälle	284
f) Anfall, Annahme und Ausschlagung des Vermächtnisses	285
g) Sicherung der Vermächtniserfüllung	287
h) Gestaltungsempfehlungen	287

i) Spezielle Vermächtnisse zur Unternehmensnachfolge . . .	288
15. Auflage	292
a) Begriff	292
b) Inhalt einer Auflage	292
c) Anzuwendende Vorschriften	292
d) Vollziehungsberechtigter	293
e) Bindungswirkung	293
f) Auflagen zur Unternehmensfortführung oder -umgründung	294
16. Testamentsvollstreckung	296
a) Grundlagen	296
b) Anwendungsbereich der Testamentsvollstreckung	296
c) Aufgaben des Testamentsvollstreckers	297
d) Rechtliche Stellung des Testamentsvollstreckers	298
e) Auswahl des Testamentsvollstreckers	302
f) Ernennung des Testamentsvollstreckers	305
g) Annahme und Ablehnung des Amtes	307
h) Mehrere Testamentsvollstrecker	307
i) Beendigung des Amtes	309
j) Vergütung	310
k) Testamentsvollstreckung an einem Unternehmen und an Unternehmensbeteiligungen	313
17. Sonstige testamentarische Anordnungen	320
a) Familienrechtliche Verfügungen	320
b) Beschränkung und Ausschluss der Auseinander- setzung	321
c) Teilungsanordnungen	324
d) Übernahmerecht	326
e) Verwirkungsklauseln	326
f) Wiederverheirathungsklauseln	328
g) Erbrechtliche Schiedsklauseln	331
h) Sondergestaltung bei geistig behinderten Pflichtteils- berechtigten des Unternehmers	332
Kapitel 3 Vorbereitungsmaßnahmen zur Unternehmensnachfolge außerhalb letztwilliger Verfügungen	335
<i>I. Allgemeine Maßnahmen</i>	<i>335</i>
1. Schuldrechtliche Vereinbarungen	335
2. Trans- und postmortale Vollmachten	336
3. Vorsorgevollmacht	337
4. Betreuungsverfügung	338
5. Problem der Liquiditätsbelastungen des Unternehmens- nachfolgers durch Ausgleichsleistungen	339
a) Problemstellung	339
b) Zivilrechtliche Lösungen	339
6. Vorbereitende Vermögensbildung	340
a) Sachverhalte, Interessenlagen	340
b) Lösungen	340

<i>II. Gesellschaftsrechtliche Umstrukturierungsmaßnahmen</i>	341
1. Rechtsformwahl als Gestaltungsmittel	341
2. Umwandlungen nach dem Umwandlungsgesetz	342
a) Grundlagen der Unternehmensumwandlung	342
b) Verschmelzung	343
c) Spaltung	345
d) Formwechsel	350
3. Umwandlungen außerhalb des Umwandlungsgesetzes	353
<i>III. Vorbereitende erbrechtliche Maßnahmen außerhalb letztwilliger Verfügungen</i>	353
1. Ausgleichsanordnung	353
2. Anrechnungsbestimmung	354
3. Erbverzicht, Pflichtteilsverzicht, Zuwendungsverzicht	356
a) Allgemeines	356
b) Gestaltungsmöglichkeiten	356
c) Form	360
d) Rechtliche Wirkungen	361
e) Verzicht gegen Abfindung	363
f) Gestaltungsempfehlungen	364
<i>IV. Familienrechtliche Maßnahmen</i>	365
1. Allgemeines	365
2. Güterstandsvereinbarungen	366
a) Begriff und Bedeutung des Güterstandes	366
b) Die Güterstände	367
c) Güterstandsrechtliche Vereinbarungen als Gestaltungsmittel	369
d) Ehegatteninnengesellschaft	371
3. Adoption	371
a) Grundsätzliches	371
b) Minderjährigen-/Volljährigenadoption	371
c) Rechtliche Wirkungen	372
d) Bedeutung der Adoption für die Erbfolgegestaltung	374
e) Verfahren der Adoption	375
f) Aufhebung des Adoptionsverhältnisses	375
Kapitel 4 Rechtsfragen nach dem Erbfall im Rahmen einer Unternehmensnachfolge	377
<i>I. Die Haftung des Erben</i>	377
1. Allgemeines	377
2. Ausschlagung	378
3. Nachlassverbindlichkeiten	380
a) Allgemeines	380
b) Erblasserschulden	381
c) Erbfallschulden	381
d) Nachlasserbenschulden	382
<i>II. Maßnahmen des Erben zur Haftungsbeschränkung</i>	384
1. Aufgebotsverfahren	384
2. 5-Jahresfrist	385

3.	Vorläufige Haftungsbeschränkungen	385
a)	Die 3-Monatseinrede	385
b)	Einrede des Aufgebotsverfahrens	386
c)	Einrede des ungeteilten Nachlasses bei Erben- gemeinschaft	386
4.	Dauerhafte Haftungsbeschränkungen	386
a)	Die Nachlassverwaltung	387
b)	Das Nachlassinsolvenzverfahren	388
c)	Die Dürftigkeitseinrede	391
d)	Die Überschwerungseinrede	392
III.	<i>Firmen- und gesellschaftsrechtliche Haftung</i>	392
1.	Firmenrechtliche Haftung des Erben eines Einzel- unternehmers	392
2.	Gesellschaftsrechtliche Haftung bei der BGB-Gesellschaft . .	392
3.	Gesellschaftsrechtliche Haftung bei der OHG	392
4.	Gesellschaftsrechtliche Haftung bei der KG	393
5.	Gesellschaftsrechtliche Haftung bei der Kapitalgesellschaft .	393
IV.	<i>Sonderfälle</i>	393
1.	Schutz des Minderjährigen	393
2.	Haftung für Betreuervergütung	394
3.	Erbenhaftung für Hilfeleistungen der Konsulate	394
4.	DDR-Altfälle	394
V.	<i>Inventar-, Nachlass- und Bestandsverzeichnisse</i>	394
1.	Inventarverzeichnis des Erben	394
a)	Freiwillige Inventarerrichtung	394
b)	Amtliche Aufnahme des Inventars	395
c)	Inventarerrichtung auf Antrag eines Nachlass- gläubigers	395
d)	Eidesstattliche Versicherung	397
2.	Auskunftsansprüche und Nachlassverzeichnis für Pflichtteilsberechtigte	398
a)	Allgemeines	398
b)	Auskunftsbegehren des Pflichtteilsberechtigten	399
c)	Nachlassverzeichnis	399
d)	Wertermittlung	401
e)	Flankierende Maßnahmen zum Auskunftsanspruch	401
f)	Eidesstattliche Versicherung	402
g)	Gerichtliche Geltendmachung des Auskunftsanspruchs .	402
3.	Bestandsverzeichnis des Erbschaftsbesitzers	403
4.	Auskunftsanspruch mit Anspruch auf Bestandsverzeichnis des Erben gegenüber dem Scheinerben	403
VI.	<i>Nachlasspflegschaft bei unbekanntem Erben</i>	403
1.	Arten der Nachlasspflegschaft	403
2.	Zuständiges Gericht	404
3.	Antragsberechtigung	405
4.	Voraussetzungen der Nachlasspflegschaft	405
5.	Bestellung und Aufsicht des Nachlasspflegers	406
6.	Aufgaben des Nachlasspflegers	407

7. Haftung	408
8. Beendigung der Nachlasspflegschaft	409
VII. <i>Erbscheinsverfahren</i>	409
1. Die Bedeutung des Erbscheins	409
2. Erbscheinsverfahren	411
a) Allgemeines	411
b) Zuständigkeit	411
c) Antragserfordernis	412
d) Antragsberechtigung	412
e) Form und Inhalt des Antrags	413
3. Erbscheinsarten	414
4. Inhalt des Erbscheins	416
VIII. <i>Nachlassauseinandersetzung</i>	417
1. Notwendigkeit der Erbaueinandersetzung	417
2. Nachlassauseinandersetzung und Haftung der Erben für Nachlassverbindlichkeiten	417
3. Nachlassauseinandersetzung zwischen Miterben	418
4. Vermächtniserfüllung	419
5. Erbaueinandersetzungsvertrag	420
a) Form	420
b) Vertretung, Genehmigungen	420
c) Erbaueinandersetzung bei Testamentsvollstreckung	420
d) Inhaltliche Gestaltung	421
6. Vermittlungsverfahren zur Erbaueinandersetzung	421
7. Erbaueinandersetzung bei Uneinigkeit der Erben	421
8. Erbschafts- und Erbteilskauf	422
a) Allgemeines	422
b) Gesetzlicher Regelungsinhalt	422
c) Formschutz	425
d) Vertragsgegenstand	425
e) Dingliches Erfüllungsgeschäft	426
f) Haftung des Erwerbers für Nachlassverbindlichkeiten	427
g) Rechts- und Sachmängelhaftung der Miterben	427
h) Vorkaufsrecht der Miterben	427
9. Erbschaftsschenkungen und Erbteilsschenkungen	431
Kapitel 5 Steuerrechtliche Aspekte des Vermögenserwerbs von Todes wegen im Allgemeinen	433
I. <i>Erbschaftsteuer</i>	433
1. Erbschaftsteuer als Bereicherungssteuer	433
2. Persönliche Steuerpflicht (§ 2 ErbStG)	435
3. Die Steuertatbestände	435
a) Bereicherung durch Vermögensübergang aufgrund dinglicher Rechtsnachfolge (Erbanfall im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 1 ErbStG)	436
b) Bereicherung durch schuldrechtliche Rechtspositionen (Vermächtnis, Pflichtteil u. Ä.)	440
c) Erbschaftsteuerliche Ersatztatbestände	447

d)	Erbschaftsteuerliche Behandlung der Zugewinn-	448
e)	Vor- und Nacherbschaft	451
4.	Bewertung der wirtschaftlichen Einheiten	454
a)	Bewertung zum gemeinen Wert und Verfassungsrecht	454
b)	Der gemeine Wert und seine Schätzung	455
c)	Stichtagsbewertung (§ 11 ErbStG)	465
d)	Berücksichtigung von Bedingungen und Befristungen	467
5.	Steuerbemessungsgrundlage (§ 10 ErbStG)	468
a)	Bereicherung des Erwerbers	468
b)	Abzugsfähigkeit von Schulden und Lasten nach Maßgabe des § 10 Abs. 5 ErbStG	468
c)	(Anteilige) Abzugsbeschränkungen (§ 10 Abs. 6 ErbStG)	470
6.	Sachliche Steuerbefreiungen	471
7.	Zusammenrechnung früherer Erwerbe (§ 14 ErbStG)	476
8.	Persönliche Freibeträge	477
9.	Versorgungsfreibetrag (§ 17 ErbStG)	478
10.	Tarif	478
11.	Steuerschuld- und Steuerverfahrensrecht	479
a)	Steuerentstehung (§ 9 ErbStG)	479
b)	Anrechnung ausländischer Steuern (§ 21 ErbStG)	481
c)	Jahresbesteuerung bei Renten und sonstigen wiederkehrenden Leistungen (§ 23 ErbStG)	481
d)	Fälligkeit und Stundung der Erbschaftsteuer	482
e)	Erlöschen der Steuer gemäß § 29 ErbStG	483
f)	Steuerschuldnerschaft und Haftung	485
g)	Steuerverfahrensrecht	485
II.	<i>Einkommensteuer</i>	490
1.	Einkommensteuerliche Relevanz des Todes	490
a)	Der Tod als Schlusspunkt der persönlichen Einkommensteuerpflicht	490
b)	Kein Übergang von Verlustvorträgen	491
c)	Grundsatz der steuerneutralen Rechtsnachfolge	492
d)	Verfahrens- und prozessrechtliche Rechtsstellung der Erben	495
2.	Verwirklichung des Einkünftebestandes durch den Erben	497
3.	Einkommensteuerliche Behandlung von vermächtnis- weise zugewandten Versorgungsleistungen („Renten- vermächtnis“)	498
4.	Mehrheit von Erben: Trennung von Erbfall und Erbauseinandersetzung	499
5.	Einkommensteuerliche Behandlung von Verbindlichkeiten und Schuldzinsen im Zusammenhang mit letztwilligen Verfügungen und Erbauseinandersetzungen	503
6.	Steuerermäßigung gemäß § 35b EStG	504
III.	<i>Umsatzsteuer</i>	508
1.	Erbfall und Nachfolge in die Unternehmerstellung	508

2. Erbauseinandersetzung	510
3. Rechtliche Neuorganisation des Unternehmens durch den Erben bzw. die Erben	511
IV. Grunderwerbsteuer	511
1. Erbfall	511
2. Erbauseinandersetzung	511
Kapitel 6 Rechtsformspezifische Steueraspekte anlässlich der Unternehmensnachfolgen von Todes wegen	513
I. <i>Die Nachfolge in ein Einzelunternehmen</i>	513
1. Erbschaftsteuer	513
a) Der Erwerb des Einzelunternehmens von Todes wegen	513
b) Die Bewertung des Betriebsvermögens	515
c) Verschonungsregelungen für Betriebsvermögen (§§ 13 a f. ErbStG)	532
2. Einkommensteuer	550
a) Grundsatz der Steuerneutralität des Erwerbs eines Einzelunternehmens von Todes wegen	550
b) (Keine) Vererblichkeit des Verlustabzuges	550
c) Fortführung, Veräußerung, Aufgabe und Umstrukturi- erung des Einzelunternehmens durch den Erben	551
d) Gesamtrechtsnachfolge in Betriebsvermögen und Erbengemeinschaft	557
e) Betriebsvermögen und Vermächtnis	565
f) Erfüllung von familien- oder erbrechtlichen Ansprüchen mit Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens	566
g) Der nachversteuerungspflichtige Betrag gemäß § 34 a EStG und Betriebsnachfolge	567
II. <i>Die Nachfolge im Zusammenhang mit Personen- gesellschaften</i>	569
1. Erbschaftsteuer	569
a) Die Beteiligung des Erblassers an einer Personen- gesellschaft und Erwerb von Todes wegen	569
b) Umfang und Bewertung des Mitunternehmeranteils	575
c) Erbschaftsteuerliche Verschonung des Mitunternehmeranteils gemäß §§ 13 a f. ErbStG	578
2. Einkommensteuer	585
a) Der Mitunternehmeranteil als Übertragungs- gegenstand	585
b) Auflösung der Gesellschaft	585
c) § 131 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB und Fortsetzungs- klausel	586
d) Einfache und qualifizierte Nachfolgeklausel	588
e) Eintrittsklausel	591
III. <i>Die Nachfolge im Zusammenhang mit Kapitalgesellschafts- anteilen</i>	592
1. Erbschaftsteuer	592

a)	Die Beteiligung des Erblassers an einer Kapitalgesellschaft und Erwerb von Todes wegen	592
b)	Umfang und Bewertung des Kapitalgesellschaftsanteils	596
c)	Erbchaftsteuerliche Verschonung des Kapitalgesellschaftsanteils gemäß §§ 13 a f. ErbStG	598
2.	Einkommensteuer	610
a)	Steuerliche Folgen auf der Ebene des Erben (Gesellschafters)	610
b)	Steuerliche Folgen auf der Ebene der Kapitalgesellschaft	613
Teil 3		
	Die Unternehmensnachfolge zu Lebzeiten	615
Kapitel 1	Der zivilrechtliche Gestaltungsrahmen der vorweggenommenen Erbfolge zur Nachfolge in ein Unternehmen	617
<i>I.</i>	<i>Allgemeines</i>	617
1.	Zum Begriff der „Vorweggenommenen Erbfolge“	617
2.	Gestaltungskriterien der vorweggenommenen Erbfolge	619
a)	Motive des Unternehmers	619
b)	Motive der Nachfolger	620
c)	Risiken	620
<i>II.</i>	<i>Zulässigkeit und Grenzen von Verfügungen unter Lebenden</i>	620
1.	Grundsatz: Verfügungsbefugnis des Lebenden über sein Vermögen	620
2.	Familienrechtliche Verfügungsbeschränkungen bei Zugewinnngemeinschaft (§ 1365 BGB)	621
3.	Erbrechtlicher Schutz bei Erbvertrag und gemeinschaftlichen Testament gegen beeinträchtigende Verfügungen unter Lebenden	622
4.	Schuldrechtliche Bindung des Erblassers	624
<i>III.</i>	<i>Unentgeltliche Zuwendungen</i>	625
1.	Begriff der Schenkung	625
2.	Der Schenkungsvertrag	626
a)	Allgemeines	626
b)	Formbedürftigkeit	626
c)	Schenkungen an Minderjährige	627
3.	Schenkungen unter Auflage	629
4.	Rückforderung, Widerruf und Rücktritt	630
a)	Gesetzliche Rückforderungs- und Widerrufsstatbestände	630
b)	Vertraglicher Rücktritts- bzw. Widerrufsvorbehalt	631
5.	Anrechnung und Ausgleich im Pflichtteilsrecht	632
a)	Anrechnung	632
b)	Ausgleich	633
6.	Ausstattungen	633
7.	Ehebedingte, unbenannte Zuwendungen	634
8.	Verträge über gegenwärtiges und künftiges Vermögen	635

9. Schenkungsversprechen von Todes wegen	635
10. Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall	637
a) Abgrenzung zum Schenkungsversprechen von Todes wegen	637
b) Praktische Anwendungsfälle	638
11. Erbschaftsvertrag	640
IV. (Teil-) <i>Entgeltliche Gestaltungen zur lebzeitigen</i> <i>Vermögensnachfolge</i>	641
1. Verkauf	641
2. Übertragung gegen Versorgungsleistungen	641
a) Versorgungsleistung	641
b) Wertsicherung der Versorgungsleistung	643
c) Dingliche Absicherung	644
3. Übertragung gegen Abfindungen Dritter (Gleichstellungsgelder)	645
4. Betriebsverpachtung	645
V. <i>Lebzeitige Einräumung einer Unternehmensbeteiligung</i>	646
1. Allgemeines	646
2. Unmittelbare Beteiligung durch Gründung einer Gesellschaft bzw. Aufnahme in eine bestehende Gesellschaft	647
a) Einordnung des Kausalgeschäfts	647
b) Bewirkung der Aufnahme des Nachfolgers in die Gesellschaft	649
c) Rückgängigmachung der gesellschaftsrechtlichen Beteiligung des Nachfolgers	650
3. Mittelbare Beteiligung	651
a) Innengesellschaft	651
b) Treuhand	652
c) Nießbrauchsgestaltungen	652
Kapitel 2 Allgemeine steuerrechtliche Fragestellungen anlässlich lebzeitiger Vermögensübertragungen	653
I. <i>Erbschaftsteuer</i>	653
1. Ergänzungsfunktion der Schenkungsteuer	653
2. Persönliche Steuerpflicht (§ 2 ErbStG)	653
3. Die Steuertatbestände	654
a) Grundtatbestand der freigebigen Zuwendung unter Lebenden	654
b) Ergänzungstatbestände zur freigebigen Zuwendung	664
4. Bewertung des Zuwendungsgegenstandes und einer etwaigen Gegenleistung	667
5. Steuerbemessungsgrundlage (§ 10 ErbStG)	669
6. Sachliche Steuerbefreiungen	669
7. Zusammenrechnung früherer Erwerbe (§ 14 ErbStG)	674
8. Persönliche Freibeträge und Steuertarif	674

9.	Steuerschuld- und Steuerverfahrensrecht	675
a)	Steuerentstehung (§ 9 ErbStG)	675
b)	Anrechnung ausländischer Steuern (§ 21 ErbStG)	678
c)	Jahresbesteuerung bei Renten und sonstigen wiederkehrenden Leistungen (§ 23 ErbStG)	678
d)	Fälligkeit und Stundung der Schenkungsteuer	678
e)	Erlöschen der Steuer gemäß § 29 ErbStG	678
f)	Steuerschuldnerschaft (§ 20 ErbStG)	681
g)	Steuerverfahrensrecht	681
II.	<i>Einkommensteuer</i>	683
1.	Unentgeltliche und teilentgeltliche Vermögens- übertragungen	683
2.	Unentgeltliche Vermögensübertragungen zu Lebzeiten	687
a)	Übertragung von Privatvermögen	687
b)	Übertragung von Betriebsvermögen	688
3.	Teilentgeltliche Übertragungen: Einheits- und Trennungstheorie	692
a)	Übertragung von Privatvermögen	692
b)	Übertragung von Betriebsvermögen	693
4.	Zurechnungsfragen anlässlich der Vermögens- übertragung	695
5.	Ertragsteuerliche Relevanz eines Pflichtteilsverzichts gegen Abfindung	696
III.	<i>Grunderwerbsteuer</i>	697
Kapitel 3 Rechtsformspezifische Steueraspekte im Zusammen- hang mit der vorweggenommenen Unternehmens- nachfolge		699
I.	<i>Die vorweggenommene Nachfolge in ein Einzelunternehmen</i> ..	699
1.	Die (voll-) unentgeltliche Übertragung des Unternehmens ..	699
a)	Schenkungssteuer	699
b)	Einkommensteuer	699
2.	Die Übertragung des Unternehmens gegen Versorgungsleistungen	706
a)	Ausgangslage	706
b)	Schenkungssteuerliche Folgen	706
c)	Einkommensteuer	707
3.	Die teilentgeltliche Übertragung des Unternehmens	715
a)	Schenkungssteuer	715
b)	Einkommensteuer	715
II.	<i>Aufnahme eines Dritten in ein bestehendes Einzel- unternehmen</i>	724
1.	Die unentgeltliche Aufnahme in das Einzelunternehmen ...	724
a)	Schenkungssteuer	724
b)	Einkommensteuer	727
2.	Die teilentgeltliche Aufnahme in das Einzelunternehmen ...	732
a)	Schenkungssteuer	732
b)	Einkommensteuer	732

III.	<i>Übertragung von Personengesellschaftsbeteiligungen und Aufnahme in eine bestehende Personengesellschaft</i>	733
1.	Die Übertragung des Personengesellschaftsanteils	733
a)	Schenkungsteuer	733
b)	Einkommensteuer	735
2.	Die Übertragung des Personengesellschaftsanteils gegen Versorgungsleistungen	743
a)	Schenkungsteuer	743
b)	Einkommensteuer	743
3.	Teilentgeltliche Übertragungen von Personengesellschaftsanteilen	744
a)	Schenkungsteuer	744
b)	Einkommensteuer	747
IV.	<i>Die Übertragung von Kapitalgesellschaftsbeteiligungen und Aufnahme in bzw. Gründung von Kapitalgesellschaften</i> . . .	751
1.	Die vollunentgeltliche Übertragung des Kapitalgesellschaftsanteils	751
a)	Schenkungsteuer	751
b)	Einkommensteuer	753
2.	Die Übertragung von Kapitalgesellschaftsanteilen gegen Versorgungsleistungen	755
a)	Schenkungsteuer	755
b)	Einkommensteuer	756
3.	Teilentgeltliche Übertragungen von Kapitalgesellschaftsanteilen	761
a)	Schenkungsteuer	761
b)	Einkommensteuer	765

Teil 4

**Der Nießbrauch
als Gestaltungsmittel der Unternehmensnachfolge** 777

Kapitel 1	Zivilrechtliche Grundlagen des Nießbrauchs	779
I.	<i>Erscheinungsformen des Nießbrauchs in der Unternehmensnachfolgeberatung</i>	779
II.	<i>Nießbrauchsgestaltungen bei vorweggenommener Erbfolge oder durch Verfügung von Todes wegen</i>	781
1.	Allgemeines	781
2.	Zivilrechtliche Grundlagen des Nießbrauchs	781
a)	Der Nießbrauch als dingliches Nutzungs- ziehungsrecht	781
b)	Bestellung des Nießbrauchs	783
c)	Erlöschen des Nießbrauchs	785
III.	<i>Der Nießbrauch an einer unternehmerischen Einheit</i>	786
1.	Nießbrauch an Einzelunternehmen	786
a)	Vollrechtsnießbrauch	786
b)	Ertragsnießbrauch	786

2. Nießbrauch an einer Personengesellschafts-	
beteiligung	787
a) Vollrechtsnießbrauch	787
b) Ertragsnießbrauch	790
c) Treuhandlösung	791
d) Abschließender Hinweis zum Nießbrauch bei	
Personengesellschaftsanteilen	791
3. Nießbrauch an einer Kapitalgesellschaftsbeteiligung	792
a) Zulässigkeit und Bestellung	792
b) Mitgliedschaftsrechte	793
c) Vermögensrechtliche Wirkungen	794
IV. Die zivilrechtliche Stellung des Nießbrauchers im Vergleich	
zur Übertragung gegen Versorgungsleistungen	796
Kapitel 2 Steuerrechtliche Aspekte des Nießbrauchs	799
<i>I. Schenkungsteuer</i>	799
1. Zuwendungsnießbrauch	799
a) Zuwendungsgegenstand	799
b) Bewertung	800
c) Verschonung gemäß §§ 13a f. ErbStG	802
2. Übertragung eines Gegenstandes unter Vorbehalt	
des Nießbrauchs	803
a) Zuwendungsgegenstand	803
b) Bewertung	803
c) Verschonung gemäß §§ 13a f. ErbStG	805
<i>II. Einkommensteuer</i>	806
1. Allgemeine Grundsätze	806
a) Einkommensteuerrechtliche Folgen des Bestellungen-	
bzw. Übertragungsvorgangs	806
b) Bedeutung des Nießbrauchs für die laufende	
Besteuerung	811
2. Der Nießbrauch an einem Einzelunternehmen	816
a) Zuwendungsnießbrauch	816
b) Vorbehaltsnießbrauch	819
3. Der Nießbrauch an einem Gesellschafts-/Mitunternehmer-	
anteil	820
a) Zuwendungsnießbrauch	820
b) Vorbehaltsnießbrauch	825
4. Der Nießbrauch an einem Kapitalgesellschaftsanteil	827
a) Zuwendungsnießbrauch	827
b) Vorbehaltsnießbrauch	830
5. Der Nießbrauch an einem Grundstück	831
a) Zuwendungsnießbrauch	831
b) Vorbehaltsnießbrauch	834
6. Der Nießbrauch an dem Gesellschaftsanteil einer	
Grundstücks-Personengesellschaft	836

Teil 5		
Unternehmensnachfolge mit Stiftungen		837
Kapitel 1	Die Stiftung bürgerlichen Rechts	839
I.	Die selbstständige Stiftung als „unsterbliches“ Gestaltungsmittel	839
II.	Zivilrechtliche Bezüge des Stiftungsrechts	841
	1. Das Stiftungsgeschäft	841
	2. Unentgeltlichkeit der Stiftungsausstattung	842
	3. Stiftungssatzung	843
	4. Stiftungsorganisation	844
	5. Stiftungsvermögen	845
	6. Satzungsregelung zur Verwendung der Erträge des Stiftungsvermögens	845
	7. Erfüllung des Ausstattungsversprechens	846
Kapitel 2	Stiftungsverwaltungsrecht	847
I.	Anerkennungsverfahren	847
II.	Staatliche Stiftungsaufsicht	848
III.	Rechtsdurchsetzung im öffentlichen Stiftungsrecht	850
Kapitel 3	Die Besteuerung des Stifters, der Stiftung und der Destinatäre	851
I.	Allgemeine Besteuerungsgrundsätze für Stiftungen	851
	1. Besteuerungsaspekte der Errichtung und Ausstattung der Stiftung	851
	a) Erbschaft- und Schenkungsteuer	851
	b) Ertragsteuern	851
	2. Laufende Besteuerung der Stiftung und der Destinatäre	852
	3. Besteuerung bei Aufhebung der Stiftung	853
II.	Die Besteuerung der Familienstiftung	854
	1. Günstigere Steuerklasse und Freibeträge nach Maßgabe des § 15 Abs. 2 ErbStG	854
	2. Erbsatzbesteuerung gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 4 ErbStG	856
	3. Günstigere Steuerklasse und Freibeträge anlässlich des Vermögensanfalls bei Auflösung der Stiftung	857
III.	Die Besteuerung der gemeinnützigen Stiftung	858
	1. Gemeinnützigkeitsaspekte in der Unternehmensnachfolgeplanung	858
	2. Steuerliche Sonderregelungen für gemeinnützige Stiftungen	859
IV.	Steuroptimierung durch eine sog. Doppelstiftung	860

Teil 6		
Internationale Aspekte der Unternehmensnachfolge		863
Kapitel 1	Unternehmensnachfolge und Internationales Steuerrecht	865
I.	Rechtsquellen des Internationalen Steuerrechts	865

<i>II.</i>	<i>Internationales Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht</i>	871
1.	Erbschaftsteuerpflicht eines Erwerbsvorgangs in Deutschland	871
a)	Unbeschränkte Erbschaftsteuerpflicht und Weltvermögensprinzip (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 ErbStG)	872
b)	Beschränkte Erbschaftsteuerpflicht	883
c)	Erbersatzsteuerpflicht für Stiftungen und Auslandsberührung	894
2.	Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung	895
a)	Doppelbesteuerung als unvermeidbare Folge des Weltvermögensprinzips	895
b)	Vermeidung der Doppelbesteuerung durch bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen	896
c)	Unilaterale Vermeidung der Doppelbesteuerung durch Anrechnung der ausländischen Steuer (§ 21 ErbStG)	903
<i>III.</i>	<i>Internationales Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht</i>	906
1.	Überblick: Ertragsteuerliche Problemfelder der Unternehmensnachfolge mit Auslandsbezug	906
2.	Der Wegzugsersatztatbestand des § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 AStG bei grenzüberschreitender Übertragung von Kapitalgesellschaftsanteilen des Privatvermögens	907
3.	Gesamtbetriebliche Auflösungs- und wirtschaftsgut- bezogene Veräußerungsfiktion aufgrund Geschäftsleitungs- verlegung mit der Unternehmensnachfolge bzw. durch den Unternehmensnachfolger	912
4.	Verwirklichung umwandlungssteuerrechtlicher „Behalte- fristen“ infolge der grenzüberschreitenden Unternehmens- nachfolge	915
5.	Die Entstrickungstatbestände des § 4 Abs. 1 Satz 3 EStG und § 16 Abs. 3a EStG bei grenzüberschreitender Nachfolge in (inländisches) Betriebsvermögen	916
6.	Besteuerungsfolgen bei sonstigem steuerlichen Privat- vermögen	917
Kapitel 2	Steuerrechtliche Aspekte des Wegzugs des Unternehmers	919
<i>I.</i>	<i>Wegzugsberatung und Gestaltungsinteresse</i>	919
<i>II.</i>	<i>Erbschaftsteuerliche Aspekte eines Wegzuges</i>	920
<i>III.</i>	<i>Unmittelbar an den Wegzug anknüpfende ertragsteuerliche Rechtsfolgen</i>	921
1.	Wegzugsbesteuerung nach Maßgabe des § 6 AStG bei im Privatvermögen gehaltenen Kapitalgesellschafts- anteilen im Sinne von § 17 EStG	922
a)	Die Wegzugsbesteuerung nach Maßgabe des § 6 Abs. 1 AStG	922
b)	Wegzugsbesteuerung und Abkommenschutz	924

c) Rückwirkende Beseitigung der Wegzugsbesteuerung gemäß § 6 Abs. 3 AStG und Stundung der Steuer gemäß § 6 Abs. 4 AStG	925
d) Wegzugsbesteuerung bei EU/EWR-Sachverhalten sowie unter besonderer Berücksichtigung des Frei- zügigkeitsabkommens mit der Schweiz	927
e) Gestaltungen zur Vermeidung der Wegzugs- besteuerung	931
2. § 22 UmwStG als Entstrickungsrisiko nach Einbrin- gungsvorgängen	932
3. Wegzugsbesteuerung nach Maßgabe der Entnahme- vorschrift des § 4 Abs. 1 Satz 3 EStG bei Betriebsvermögen und Mitunternehmerschaften	933
a) Wegzugsaspekte beim Einzelunternehmen	933
b) Wegzugsaspekte bei einer Mitunternehmerschaft	937
4. Sonstiges Vermögen: Keine Wegzugsbesteuerung	939
Teil 7	
Der Fachberater für Unternehmensnachfolge (DStV e.V.) – Umfeld, Ausgestaltung, Werbemöglichkeiten und Betätigung	941
Anhang Fachberaterrichtlinien mit Anlage 5	955
Literaturverzeichnis	965
Stichwortverzeichnis	975